

Daniel Keil

Die Erweiterung des Resonanzraums Pegida, die Aktualisierung des Völkischen und die Neuordnung des Konservatismus

Seit 2014 können drei Bewegungen beobachtet werden, die in der (jüngeren) Protestgeschichte etwas Neues darstellen. Von März bis zum Ende des Jahres 2014 richteten sich die sogenannten Montagsmahnwachen für den Frieden bundesweit gegen die westliche Ukraine-Politik und schlossen sich danach mit anderen Friedensinitiativen zu einer Kampagne namens „Friedenswinter“ zusammen (vgl. Daphi et.al. 2014, Schäfer 2015). Zweitens artikulierten „besorgte Eltern“ auf Demonstrationen gegen die Neuordnung sexueller Aufklärung im Bildungsplan Baden-Württemberg antifeministische und homophobe Ressentiments. Schließlich fanden die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) zunächst in Dresden, aber schnell auch in vielen weiteren Städten Zulauf. Diese drei Bewegungen bilden bei all ihren Unterschieden so etwas wie die Konstellation eines neuen völkischen Denkens. Während die Friedensmahnwachen aus einem verschwörungsideologischen Spektrum organisiert wurden, was sich an der zentralen Mobilisierungsaussage „Gegen die tödliche Politik der Federal Reserve (einer privaten Bank)!“ ablesen lässt (zit. n. Daphi et al. 2014: 4), einem typischen Ideologie-Versatzstück in sogenannten Truther-Kreisen¹, stammen die antifeministischen Demonstrationen aus dem „Lebensschützer“-Spektrum und christlich-fundamentalistischen Milieus (vgl. Sanders et al. 2014). Die Gründer_innen von Pegida kamen eher aus einem unorganisierten konservativen bis neurechten Spektrum (vgl. Geiges et al 2015: 11ff.). Neu an diesen Bewegungen war sowohl der Erfolg von Querfront-Bemühungen (insbesondere bei den Mahnwachen) wie auch, dass sich organisierte neonationalsozialistische Strukturen mit „besorgten Bürger_innen“ verbinden konnten, und dass die unterschiedlichen rechtsradikalen Spektren zumindest temporär zusammenarbeiteten. Selbst wenn es relativ schnell zu Zerwürfnissen, Spaltungen und Neugruppierungen² kam,

1 Eine Widerlegung solcher im Kern antisemitischer Projektionen versucht Stützle 2014.

2 So zum Beispiel in dem Versuch von Teilen der Mahnwachen wie auch von Pegida, mit einer Kundgebungsreihe namens „Endgame“ („Engagierte Demokraten gegen die

zeichnet sich hier eine Reorganisation rechter Kräfte an, die zugleich davon gestärkt wird, dass neurechte Ideologeme wiederum einen wachsenden Einfluss auf bürgerliche Parteien haben. Das ist etwa an der Positionierung Sigmar Gabriels abzulesen, der ein Recht darauf proklamierte, deutschnational zu sein (Stern, 4.2.2015) und in einem Strategiepapier der SPD Pegida-Anhänger_innen ein Dialogangebot unterbreitete (vgl. Süddeutsche Zeitung, 1.7.2015). Dadurch verschiebt sich das gesellschaftliche Klima insgesamt, was zu einer verstärkten Akzeptanz rechter Ideologeme und zu einem Ansteigen von Gewalttaten insbesondere gegen Migrant_innen führt.³

Die angemessene begriffliche Einordnung dieser Reorganisation muss dabei die Differenzen und Gemeinsamkeiten erfassen können. Der gängige Begriff des Rechtspopulismus ist dafür zu unscharf (vgl. Butterwegge 2011; Kellershohn et.al. 2014). Dieser legt zudem den Fokus auf die Form der Politik, nicht aber auf dessen Inhalt. Damit verdeckt der Begriff der Rechtspopulismus in seiner alltäglichen Verwendung den allgemeinen Zusammenhang zur Politik in der bürgerlichen Gesellschaft.⁴ Stattdessen ist ein inhaltlich ausgerichtetes Begriffsinstrumentarium notwendig, wofür sich aus mehreren Gründen der Begriff des völkischen Nationalismus eignet. Selbst wenn dieser Begriff nicht eindeutig definiert werden kann und auch historisch ein plurales Spektrum bezeichnet, wie an den vielen völkischen Gruppierungen in der Weimarer Republik zu sehen ist, so kann dennoch eine Grundmotivik destilliert werden. Breuer (2008: 21) macht als Kernelemente der historischen völkischen Bewegungen die Verbindung einer Mittelstandsideologie mit einer Kritik der reflexiven Modernisierung und Rechtsnationalismus im Rahmen einer sozialen Bewegung aus. Das zentrale Motiv hierbei ist ein aggressiver Harmoniewunsch, der behauptet, das Volk sei ein organisch Ganzes, das in der Krise durch soziale Destabilisierungen angegriffen wird. Alles, was der natürlich vorgestellten Homogenität widerspricht, wird als

Amerikanisierung des Abendlandes“) eine neue Bewegung zu installieren; oder die Spaltung von Pegida Dresden, aus der der nicht erfolgreiche Ableger „Direkte Demokratie für Europa“ resultierte.

3 2014 verdreifachten sich die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte auf 170. Bis Mitte 2015 wurden bereits 150 gezählt (FR 14.07.2015).

4 Steinert (1998: 164) weist darauf hin, dass schon mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft, in bürgerlichen Revolten die „Matadore von bürgerlicher Befreiung immer wieder mit aufgepeitschtem Fanatismus und Schaum vor dem Mund das Volk begeistern [mussten], statt sich auf die Eigeninteressen der politischen Subjekte zu verlassen“, da die bürgerliche Politik immer die subalternen Klassen benötigte, aber nur die Freiheit des Eigentums anbieten konnten, über welches diese nicht verfügen, und daher „auf das Große und Ganze verpflichtet werden“ müssen und die Organisation nach Interessen gerade verhindert werden muss (ebd.: 165).

Feind markiert. Der völkische Publizist Hans Freyer (1931: 37) fasste das so zusammen: Volk sei das, was „nicht Gesellschaft, nicht Klasse, nicht Interesse, also nicht ausgleichbar, sondern abgründig revolutionär“ sei. Die Revolution des Volkes münde in einer Emanzipation des Staates „aus einer jahrhundertelangen Verstrickung in gesellschaftliche Interessen (ebd.: 55). Hieraus folgt nun kein egalitäres Gemeinschaftsmodell, sondern die völkische Ordnung zeichnet sich gerade durch die Einhaltung einer als natürlich gedachten Ungleichheit aus: „Gleichheit ist Tod, Gliederung ist Leben.“ (Julius Langbehn zit. n. Breuer 2008: 18).

Pegida, auf die sich dieser Artikel fokussiert, ist Teil einer Konstellation völkischer Erneuerung in der Krise, damit eine Reaktion auf (vermeintliche) soziale Destabilisierungen und zugleich Teil einer Neuordnung des Konservatismus in Deutschland, die sich zentral um völkische Motive gruppiert. Diese Entwicklung kommt nicht aus dem Nichts und ist auch kein naturwüchsiges Krisenphänomen, sondern ist auf eine Krise des Konservatismus zurückzuführen, die selbst wiederum von vielfältigen politischen Strategien angetrieben wurde und wird.

Ich werde im Folgenden zunächst anhand der vorhandenen Studien kurz beschreiben, wer und was Pegida eigentlich ist, um danach zentrale Grundmotive darzustellen, die ich auf Grundlage von Reden herausarbeite. Anhand dieser Grundmotive werde ich dann die Entwicklung nachzeichnen, um plausibel zu machen, dass tatsächlich eine Neuordnung des Konservatismus stattfindet.

Pegida – Entstehung und Teilnehmer_innen

Ende Oktober 2014 fand die erste Demonstration der „Patriotischen Europäer“ statt, deren Idee in einer Facebookgruppe entstanden und die mit 350 Menschen noch schlecht besucht war (vgl. Geiges et al. 2015: 11f.). Anlass war eine Demonstration in Dresden, auf der, zumindest nach Wahrnehmung des späteren „Orgateams“ von Pegida, Waffen für die PKK zur Unterstützung des Kampfes in Kobanê gefordert wurden. Hieraus entstand wohl auch der Hauptslogan „Gewaltfrei und vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden“, der auf dem Fronttransparent der Spaziergänge zu lesen ist (ebd.: 47). Interessant ist hierbei, dass laut Selbstdarstellung am Anfang nicht die später ins Zentrum geratene „Islamisierung“ stand, sondern vielmehr die „Linke, die Antifa und kurdische Mitbürger“ (René Jahn) und die Angst davor, dass „der Konflikt der PKK hier in Deutschland, in Dresden ausgetragen wird“ (Kathrin Oertel).⁵ Die Verknüpfung eines antilinken Affekts mit der Angst vor einer „Islamisierung“ ist

5 Beide Aussagen entstammen einem Interview, das die damaligen Mitglieder des sogenannten Pegida-Orgateams René Jahn und Kathrin Oertel der rechten Internetseite blunews

ein meiner Ansicht nach zentrales Moment, das in den meisten Studien bisher nicht ausreichend gewürdigt ist (s.u.). In den folgenden Monaten entstanden bundesweit viele Ableger von Pegida, die aber in der Größe bei Weitem nicht an die Dresdner Spaziergänge heranreichen konnten. In Dresden wuchsen die Teilnehmer_innenzahlen bis auf 25.000 am 12.01.2015 (Becher et al. 2015: 20), bevor es zu inneren Zerwürfnissen und einer Spaltung im Orgateam kam, worauf auch die Teilnehmezahlen deutlich zurückgingen (vgl. Geiges et al. 2015: 18ff.).

Die Frage, wer an den Spaziergängen von Pegida teilgenommen hat (bzw. immer noch teilnimmt), versuchen verschiedene Studien zu beantworten (Vorländer 2015; Rucht et al. 2015; Patzelt 2015; Geiges et al. 2015). Bei allen methodischen und forschungspraktischen Schwierigkeiten geben diese Studien dennoch Hinweise auf die soziostrukturellen Hintergründe – zumindest eines Teils – der Teilnehmer_innen. Das größte Problem bei den Befragungen war die geringe Bereitschaft der Demonstrant_innen, an den Umfragen teilzunehmen (exemplarisch Rucht et al. 2015: 6ff.). Dennoch kommen alle Studien in Hinblick auf die sozioökonomischen Daten zu ähnlichen Ergebnissen: Bei Pegida demonstrieren überwiegend Männer (zwischen 75% und 81,9%), überwiegend Konfessionslose (zwischen 70% und 78%), überwiegend im Alter zwischen 40 und 55 Jahren, mit überdurchschnittlichen Bildungsabschlüssen (nur bis zu 5% Hauptschulabschluss, jedoch bis zu 36% Hochschulabschluss), viele Angestellte, aber auch Arbeiter_innen (über 50%) und überdurchschnittlich viele Selbstständige bzw. Freiberufler_innen (18% bis 20%). Als häufigstes durchschnittliches Einkommen ermittelten Geiges et al. (2015: 68) 1.500 bis 1.999 Euro (20,6%), während 29,6 Prozent unter 1.500 Euro verdienten und der Rest darüber. Patzelt (2015: 14) zufolge hatten 48 Prozent ein Einkommen von über 2.000 Euro und 52 Prozent ein niedrigeres Einkommen.⁶ Daraus lässt sich zumindest als Tendenz schließen, dass die Demonstrant_innen keine „abgehängten Modernisierungsverlierer_innen“ sind, sondern vielmehr aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft kommen, hauptsächlich Arbeiter_innen, Angestellte und Selbstständige sind, mit durchschnittlichen Einkommen. Interessanterweise legen die Daten nahe, dass die Anhänger_innen von Pegida in ihrer Zusammensetzung denen ähneln, die sich in den 1880er Jahren als die unversöhnlichsten völkischen Antisemit_innen zeigten: „Sie waren keine christlichen Eiferer, sondern verhielten sich der Kirche gegenüber gleichgültig, wenn nicht direkt feindlich; fast alle gehörten den ‘gebildeten Schichten’ an. Die bösartigste Sorte von Antisemitismus verbreiteten

gegeben haben. Siehe blu-news.org/2015/01/11/pegida-gruender-im-blu-news-interview/, Zugriff: 20.2.2015.

6 Die Studie von Patzelt weist einige spezifische Probleme auf, die aus seiner sehr wohlwollenden Haltung gegenüber Pegida resultieren. Zur Kritik der Studie vgl. Jennerjahn 2015.

Lehrer, Studenten, Industrie- und Handelsangestellte, untere Beamte, Freiberufler und Anhänger verschiedenster Sekten“ (Massing 1986: 96). Auch wenn es keine völlige Übereinstimmung gibt, so scheint sich das völkische Potenzial noch immer in ähnlichen Klassenzugehörigkeiten zu befinden. Die Frage, die sich bei Pegida daraus noch ergibt, ist, weshalb das „entsicherte Bürgertum“ (Heitmeyer) gerade in Sachsen und speziell in Dresden so viele Menschen auf die Straßen bringen konnte, während sonst die Beteiligung sehr überschaubar blieb. Dies kann auch nur vorläufig beantwortet werden und steht auch nicht im Zentrum der benannten Studien. Nur Geiges et al. (2015: 92ff.) haben in Gruppendiskussionen einen besonders ausgeprägten Lokalpatriotismus in Dresden und Leipzig ausgemacht, der sich in den Erzähllinien einer besonderen Betonung der Kultur und Natur, einer besonders ausgeprägten Mentalitätsgeschichte mit durchgängigen Bekenntnissen wie „Ich bin militanter Sachse“ (ebd.: 95) sowie der „(Über-)Betonung eines ausgeprägten Zusammengehörigkeitsgefühls“ (ebd.: 96) ausdrückt. Zusätzlich ist das politische Klima in Sachsen von einer großen Kontinuität geprägt. Seit 1990 regiert die CDU, zunächst alleine, dann in einer großen Koalition, danach mit der FDP und schließlich wieder mit der SPD. Dem entspricht eine Öffentlichkeit, die von der Deutungshoheit der Extremismustheoretiker Eckhard Jesse, Uwe Backes und Werner Patzelt geprägt ist, was „die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Einstellungen in der Bevölkerung“ verhindert (Jennerjahn 2014; vgl. Becher et al. 2015: 26ff.). Zudem ist Sachsen eine AfD-Hochburg. Hier haben evangelikale Gruppen eine „starke Basis“ und von den Unterzeichner_innen einer Petition gegen den Bildungsplan⁷ in Baden-Württemberg stammten „überproportional viele ... aus dem Bundesland Sachsen“ (Korsch/Wölk 2014: 4). Auf ein weiteres wichtiges Moment weist Albrecht von Lucke (2015: 6) hin, dass nämlich in Dresden stets „xenophobe Ressentiments und Opfermythen besonders wuchern“. Insbesondere der Opfermythos (gespeist aus der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg) spielt in der Geschichte Dresdens und der öffentlichen Erinnerung eine zentrale Rolle. Schon die Nationalsozialist_innen haben die Bombardierung für ihre Propaganda eingesetzt und dabei von hunderttausenden Opfern und einer „planmäßigen Vernichtung der Bevölkerung“ gesprochen (Thießen 2015). In der DDR wurde das Gedenken in der Blockkonfrontation dann genutzt, um die Bombardierung Dresdens als „Terrorwerk des Westens“ zu propagieren. Als Dresden lange nach dem Fall der Mauer zu einer zentralen Stätte für Naziaufmärsche wurde, griffen die Politik der CDU, die Extremismustheorie und die aus den Gedenktraditionen gespeiste

7 Die Proteste gegen den Bildungsplan richteten sich vor allem gegen die Reform der Sexualaufklärung in der Schule und war weitgehend von evangelikalischen und rechten Gruppen getragen. Vgl. Billmann 2015.

Vorstellung „Opfer der Weltgeschichte“ zu sein (Speit 2012: 6) ineinander: „Die Dresdner sind erst Opfer der Nationalsozialisten geworden, dann der Alliierten, dann der Kommunisten und nun der antifaschistischen GegendemonstrantInnen.“ (Ebd.) So gibt es eine historische Tradierung eines öffentlichen Diskurses, der ein feindliches außen insbesondere als westlich und/oder links markiert – ein Moment, das auch in der Pegida-Studie von Werner Patzelt auftaucht, wo Pegida-Gegner_innen zum Hauptproblem erklärt werden. Auch wenn Dresden aufgrund seiner spezifischen (Mentalitäts-)Geschichte zwar neben Leipzig der einzige Ort war, an dem sehr viele an Pegida teilnahmen, so spricht dennoch viel dafür, dass es sich bei Pegida bloß um die „Avantgarde“ einer viel grundsätzlicheren, gesamtdeutschen Abwendung von der Demokratie handelt.“ (Lucke 2015: 6).

Die völkischen Positionen bei Pegida

In unserem Land liegen die Prioritäten auf deutschen Gesetzen, deutscher Kultur, deutschen Sitten und deutsche Bräuche. (Kathrin Oertel, 15.12.2014)⁸

Um die inhaltliche Dimension der Pegida-Proteste zu fassen, werden exemplarisch die Kernpunkte der Reden dargestellt, die in den bisherigen Untersuchungen eher vernachlässigt wurden. Die Ergebnisse sind insofern vorläufig, als sie aus einer Voruntersuchung der Reden entstammen, welche die Basis für weiterreichende Analysen sein soll. Grundlage sind 15 Reden, die im Zeitraum von Anfang November 2014 bis April 2015 in Dresden und anderen Städten gehalten wurden.

Generell folg(t)en die Pegida-Veranstaltungen einer speziellen Liturgie, die, ähnlich den nationalen Zeremonien im 19. Jahrhundert, in einer Art Gottesdienst die Nation anrufen. In der Eingangsrede wird auf jeweils aktuelle Äußerungen von Politiker_innen eingegangen und die mediale Berichterstattung beklagt. Im Anschluss kommen ein_e oder mehrere Gastredner_innen zu Wort, wonach dann ein „Spaziergang“ durchgeführt wird. Beim Abschluss wird nach einer kurzen Rede die Nationalhymne gesungen. Diese Form stellt mit dem Inhalt der Reden – und der immer gleichen Reaktionen darauf – eine erlebbare Gemeinschaftlichkeit her, die in der Feindlichkeit der gesamten Umwelt begründet ist. Inhaltlich sind es vor allem sechs Motive, die herausdestilliert werden können:

1. Das „Volk“ gegen die Parteien/Politiker_innen und Meinung vs. Interesse
2. Der Kampf gegen die Medien/Presse

8 Die Reden sind alle auf dem Portal youtube.com einsehbar. Im Folgenden werden folgende Abkürzungen verwendet: Kathrin Oertel (KO), Lutz Bachmann (LB), Sebastian Nobile (SN), Alexander Heumann (AH), Tatjana Festerling (TF), Udo Ulfkotte (UU), René Jahn (RJ).

3. Eine (zumeist implizite) Absage an das Links-Rechts-Schema der Politik, was im Kern auf ein antilinkes Ressentiment hinausläuft/„besorgter Bürger“-Theorem
4. Antifeminismus
5. Rassismus gegen Flüchtlinge/„den“ Islam und versteckter Antisemitismus
6. Ein antiwestliches Ressentiment und Russlandorientierung

Zentral beklagt wird „das Gefühl, in diesem Land von keinem Politiker vertreten zu werden. Es scheint die vererbte Krankheit der Regierenden zu sein, irgendwann das eigene Volk weder zu verstehen noch verstehen zu wollen“ (KO, 12.1.2015), stattdessen stelle sich die „Politikerkaste“ mit den „Journalisten“ gegen einen nicht „unerheblichen Teil ihres Volkes“ (ebd.). Verknüpft wird diese Aussage mit einer Vorstellung von Meinungsfreiheit, die jegliche Kritik an Pegida als „Zensur“ (ebd.) begreift. Diese Vorstellung von Meinungsfreiheit kommt fast vollständig ohne den Begriff Interesse aus. Stattdessen wird ein organisch-natürlicher Wille des Volkes proklamiert, von dem die „Politikerkaste“ sich entfernt hätte. Interessen werden daher nur bei anderen verortet: bei „Wirtschaftsinteressen“ und Politikern, die nicht um das Wohl des Volkes besorgt sind, sondern der „Macht der Lobbyisten“ folgen (KO, 5.1.2015) oder bei Flüchtlingen, die angeblich „andere(n) Interessen“ als Asyl verfolgen würden. (KO, 15.12.2014). Interessen werden, kurz gesagt, bei Volksfeinden verortet.

Beide Vorstellungen knüpfen an die alte völkische Position an, „dass alles Elend deutscher Politik von den Parteien kommt“ (Moeller van den Bruck 1931: VII) und das Volk interesselos sei (vgl. Freyer 1931). Interessen verhindern geradezu, dass das Volk nach seiner Natur leben könne. Dieses erste Motiv ist so etwas wie das Grundmotiv, mit dem alle anderen vermittelt sind. Zuerst die Feindschaft gegen die Medien, die vorsätzlich die Unwahrheit verbreiten würden und damit wiederum fremden Interessen dienen und gleichzeitig die „Bürgerbewegung“ (KO, 5.1.2015) „ganz normaler Bürger“ (KO, 15.12.2015), die Bewegung „aus der Mitte des Volkes“ (AH, 8.12.2014) als Nazis und Rassisten diffamiere. Vor diesem Hintergrund muss die Forderung nach direkter Demokratie gedeutet werden: in der grundsätzlichen Dichotomie Volk gegen Parteien/Journalist_innen etc. wird auf einen organisch-natürlichen Volkswillen verwiesen, der sich wieder artikulieren können soll und der permanent von „außen“ mit Zersetzung bedroht sei. Paradigmatisch fasste diese Zusammenhänge Sebastian Nobile auf dem Düsseldorfer Pegida-Ableger zusammen:

Und auch wenn heute das Thema unserer Demonstration Islamisierung ist, ist diese kulturelle Entwicklung doch nur die Sekundärinfektion. Die Erstinfektion sind Werterelativismus, ist der Kulturmarxismus, ist der Sozialismus in seiner wie immer schon in der Geschichte tief zerstörerischen Kraft. Aus der Frankfurter Schule nährten sich die 68er und diese sind nun durch die Institutionen marschiert. Die hängen in den Redaktionen, die hängen in den Büros fest und haben sich fettgefressen. Aus diesen Institutionen wird

jetzt eine Politik gefahren, die immer unerträglicher wird, weil sie im Verbund mit Lobbyismus getränkter und ideologisch durchgeechter Hinterzimmerdemokratie eine Situation schafft, in der nicht mehr die Wirklichkeit zählt, in der nicht mehr die Vernunft zählt, sondern nur noch schlecht durchdachte Utopie, die am Ende für alle Beteiligten nichts Gutes bringen wird. (SN, 8.12.2014)

Diese Passage zeigt, dass Kritik an Pegida, die sich auf den antimuslimischen Rassismus beschränkt, zu kurz greift. Die Infektions-Metapher zeugt von der Vorstellung eines organischen Volkskörpers, der von feindlichen Erregern so geschwächt wird, dass er für weitere Feinde angreifbar ist. Umgekehrt bedeutet die Aussage: Der primäre Feind der völkischen Agitator_innen ist eine offene, pluralistische Welt. Die Invektive gegen die Frankfurter Schule hat nicht nur Tradition in konservativen bis rechtsradikalen Kreisen, sondern transportiert ein antiintellektuelles Ressentiment, in dem immer auch ein mehr oder weniger verstecktes antisemitisches Ressentiment enthalten ist, weil für Modernisierungsprozesse in der Gesellschaft meist jüdische Intellektuelle verantwortlich gemacht werden.

Aus einer Zersetzungsvorstellung speist sich auch der Antifeminismus. Dieser scheint zwar in der Entwicklung der Pegida-Forderungen nicht im Fokus zu stehen, aber spielt dennoch eine gewichtige Rolle. Im ersten Pegida-19-Punkte-Papier⁹ sind wenige Punkte negativ formuliert. In einem davon heißt es jedoch: „Pegida ist gegen dieses wahnwitzige ‘Gender Mainstreaming’ ..., die nahezu schon zwanghafte, politisch korrekte Geschlechtsneutralisierung unserer Sprache“ (Punkt 17). In Reden wurde die „unsägliche Genderisierung unserer schönen, blumigen, deutschen Sprache“ (LB, 1.12.2014) und die Oktroyierung einer politisch korrekten „Trottelsprache“ (UU, 5.01.2015) beklagt. Deutlicher wurde die Pegida-Kandidatin für die Dresdner Oberbürgermeisterwahl die „von der radikalen, sozialistisch-quersexuellen Minderheitenlobby“, von „verkorksten Gendertanten“ und „Sexualscheiß“ (TF, 6.4.2015) sprach.

Dieser Hass auf den Feminismus hat eine lange Tradition in völkischen Kreisen¹⁰ und ist im Kern Ausdruck einer autoritären Abwehrreaktion von Modernisierung und Emanzipation. Es mag auf den ersten Blick paradox erscheinen, dass in den 19 Punkten von Pegida dann auch „für sexuelle Selbstbestimmung“ (Punkt 14) und „für den Widerstand gegen eine frauenfeindliche, gewaltbetonte politische Ideologie“ (Punkt 10) eingetreten wird, aber hier ist ein Mechanismus

9 Das 19-Punkte-Papier ist unter: europenews.dk/de/node/88178, Zugriff: 15.6.2015. Zur Entwicklung der Forderungen vgl. Geiges et al. 2015.

10 Ernst Niekisch bspw. warnte vor der „Verweiberung“ (1929) von Staat und Gesellschaft und in seiner Zeitschrift *Widerstand* wurde der Feminismus für einen drohenden „Volkstod“ verantwortlich gemacht; vgl. Pittwald 2000: 152ff.

am Werk, der aus den Forschungen zum sekundären Antisemitismus¹¹ bekannt ist: Frauenfeindlichkeit wird nur bei Muslim_innen entdeckt, während die natürliche Geschlechterordnung, die man sich selbst wünscht, eben da sie natürlich ist, keinerlei Frauenfeindschaft aufweise. Gleichzeitig wird indirekt die „Genderisierung“ in Zusammenhang mit der „Islamisierung“ gebracht. Die „versuchte Genderisierung der Sprache“ wird in einem Atemzug mit der „Abschaffung von christlichen Traditionen wie Weihnachten“ (LB, 1.12.2014) genannt, was implizit wiederum heißt: Es gibt eine nicht näher benannte Elite, die das Natürlich-Organische mittels Sprach-Veränderung und Abschaffung von Traditionen zersetzen will, um derart die Tore für eine „Islamisierung“ der Gesellschaft zu öffnen.

„Islamisierung“ ist dann auch das Wort, das die höchste Frequenz und Durchgängigkeit aufweist und im Prinzip nichts anderes als „Überfremdung“ meint. Das wird deutlich, wenn etwa Tatjana Festerling davon spricht, dass „Asylantenströme, mit denen ihr, die Deutschlandvernichter von Merkel und Gabriel bis Tillich unser Dresden, unser Sachsen und unser Deutschland fluten“ (TF, 6.4.2015). In den „Beweisführungen“, die eine „Islamisierung“ belegen sollen, tauchen immer wieder Beispiele auf, die (möglicherweise unbewusst) an alte völkische Mythen anknüpfen. In der Zeit vor Weihnachten 2014 stand dabei vor allem die befürchtete Abschaffung Weihnachtsens im Mittelpunkt, als dafür die behauptete Umbenennung eines Berliner Weihnachtsmarkts in „Wintermarkt“ erhalten musste, was trotz schneller Widerlegung weiter durch die sozialen Netzwerke und die Reden geisterte. Auch eine weitere Befürchtung wurde geäußert: „Ja sogar dem guten alten Weihnachtsbaum geht es an den Kragen“ (LB, 1.12.2014).¹² Ansonsten wurde beklagt, dass in Kindergärten und Schulen kein Schweinefleisch mehr zubereitet werde, dass Muslim_innen von der Justiz bevorzugt behandelt würden, sogar eine „Islamisierung der Friedhöfe“ (UU, 5.1.2015) wurde behauptet.

Die skizzierte Situation weist insgesamt einige Analogien zu jener in den 1880er Jahren auf, als sich der völkische Antisemitismus herausbildete. In den rassistischen Figuren gegen Muslim_innen finden sich auch einige Motive des Antisemitismus wieder. Allerdings wird der antimuslimische Rassismus deshalb

11 In der Forschung zu sekundärem Antisemitismus wurde eine neue Form der Schuldabwehr festgestellt, die jeglichen Antisemitismus nur bei Muslim_innen verortet. Dabei wird zugleich die Geschichte des Antisemitismus im eigenen gesellschaftlichen Zusammenhang geleugnet – die Antisemiten sind die anderen, vgl. Stender 2011.

12 In ungeschnittenen Interviews, die die NDR-Sendung Panorama ins Netz stellte, konnte man auch die Aussage einer Frau hören, die nicht zu Weihnachten in die Moschee wolle. Auch dies ist nicht neu: schon 1931 sorgte sich Friedrich Hielscher um den Weihnachtsbaum, der als „oberstes Sinnbild des höchsten Festes der Deutschen“ begriffen wurde (Das Reich, Dezember 1931: 39), da er als nicht-christliches Symbol die völkische Verbundenheit der Deutschen mit ihrer Geschichte verkörperte.

noch nicht zu einem neuen Antisemitismus, denn zentrale Merkmale fehlen und sind anderes. So wird eben nicht Muslim_innen zugeschrieben, die Medien oder die Parteien zu lenken, sondern den Intellektuellen und den USA; so wird nicht Muslim_innen unterstellt, die Banken und das Geld zu kontrollieren, sondern den Rothschilds. Wer antimuslimischen Rassismus mit Antisemitismus gleichsetzt, wiederholt den Fehler, Antisemitismus nur als eine Form des Rassismus zu verstehen, da er im Nationalsozialismus auch rassistisch war. Gegenwärtig sind wir jedoch vielmehr mit einer Neukonfiguration unter spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen konfrontiert, in der sich das Verhältnis von Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus unter Bedingungen einer krisenhaften EU verändert.

Flankiert wird diese Neukonfiguration von einer Russlandorientierung, die sich vor allem aus einem antiwestlichen Ressentiment speist. So wird nicht nur die „Kriegstreiberei unserer Regierung“ (LB, 15.12.2014; vgl. RJ, 8.12.2014) angeprangert, sondern die USA schüre „vorsätzlich“ die Ukraine-Krise, um „ein neues Feindbild jener Nato“ aufzubauen, wobei „deutsche Alphajournalisten als verlängerter Arm“ der Nato-Pressestelle diene (UU, 5.1.2015). Das aus den Mahnwachen für den Frieden übernommene Ideologem sieht Russland vor allem als souveränes Land, das sich, im Gegensatz zur gesteuerten Regierung in Deutschland, gegen den Westen wehren könne. Auch das knüpft an ein altes völkisches Motiv an, das den Westen (als Synonym für Zivilisation) vor allem als Zersetzung der (völkischen) Souveränität wahrnimmt.

All diese Versatzstücke sind Teil eines „autoritären Syndrom[s]“ (Nachtwey 2015), sind jeweils für sich Bestandteile eines autoritären Codes, mit dem die Zugehörigkeit zu einem national-kulturellen Lager ausgedrückt und gleichzeitig versichert wird, dass Emanzipation weder möglich noch wünschenswert ist – „eine negative Utopie“ (Claussen 2005: 29). Gesellschaftlichen Veränderungsprozessen wird autoritär mit der Vorstellung eines natürlich-organischen Ganzen entgegengetreten und dabei eine harmonisch-hygienische Vorstellung von Volk transportiert, die alles, was der eigenen Position widerspricht, nur als Zersetzung und als feindlich wahrnehmen kann. Dass solche völkischen Positionen auf so große Resonanz stoßen, hat tatsächlich etwas mit der gesellschaftlichen Krisensituation zu tun und ist auch Ausdruck einer Krise des Konservatismus, der sich gerade neu ordnet.

Krise, Destabilisierung, Neuordnung des Konservatismus

Die Mobilisierung völkischer Vorstellungen reagiert auf die in der Krise und ihrer neoliberalen Bearbeitung stattfindende Rekonfiguration des Subjekts. Die grundsätzliche Krisenbearbeitung besteht im Aufbrechen tradierter Bindungen und

Verhältnisse, was zumeist als Flexibilisierung begriffen wird: „Auflösung eines starren Zeitkorsetts, Öffnung der Sexualmoral, Erosion traditioneller Geschlechter- oder Partnerschaftsmuster, kommunikative Handlungskoordination, Verbreiterung von Bildungsmöglichkeiten, Mobilität und Urbanisierung.“ (Demirović 2010: 155f.). Diese Auflösung tradierter Bindungen wird dabei dominiert von Marktlogik und Anpassungsdruck – gerade in der Krise wird durch eine „Ungewissheitsmetaphysik“ (ebd.: 147) versucht, die negativen Folgen auf die Subjekte abzuwälzen, weshalb diese Destabilisierung von einer autoritären Politik zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung der Wettbewerbsordnung begleitet wird.

Dadurch gerieten auch konservative Ideen unter Druck, vor allem im Bereich Einwanderung und Familie (vgl. Friedrich 2015: 11ff.). Dies hatte Auswirkungen auf die CDU, die als „hyperpragmatische“ (Lucke 2009: 8) Partei sowohl neoliberaler Politik als alternativlos erklärte, als auch bestimmte konservative Ideen schrittweise aufgab. Diese Veränderung wird von konservativer Seite häufig als Linksrutsch der Union und der Gesellschaft begriffen (vgl. Schröder 2015). Vor diesem Hintergrund wird dann von einer „Repräsentationslücke“ (Patzelt 2015: 27) gesprochen, die auf eine Normalverteilung politischer Einstellungen in der Bevölkerung hindeutet, welcher die Politik gerecht werden müsse. Doch der vermeintliche Linksrutsch und die Repräsentationslücke müssen als Momente eines Kampfes gegen linke Ideen (was auch immer darunter im Einzelnen verstanden wird) begriffen werden und einer damit einhergehenden, jetzt sichtbar werdenden Neuordnung konservativer Kräfte um die Motive eines völkischen Nationalismus. Ich möchte diese Neuordnung am Beispiel des Kampfes gegen die „Lügenpresse“ nachzeichnen. Das im Kern antisemitische Ideologem, die Presse werde von „Volksfeinden“ dominiert¹³, beklagt, dass in der Berichterstattung über Pegida, die Teilnehmer_innen als rassistisch oder als Nazis dargestellt würden.

Damit ist die Presse für Pegida Teil eines politischen Mainstreams, der Denks- und Sprechverbote erlasse und durchsetze (vgl. UU, 5.1.2015): Erstens dürfe man sich nicht als Patriot_in zeigen und zweitens werde die Islamisierung verschwiegen. Mit Pegida hat sich daher eine Verdichtung von älteren Motiven ergeben, deren Vorläufer der konservative Kampf gegen „Political Correctness“ und die Normalisierungsdebatten um ein neues nationales Selbstverständnis nach 1990 sind – beide implizieren den Kampf gegen einen vermeintlichen Linksrutsch der Gesellschaft.

1995 konstatierte beispielsweise der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff in der FAZ, dass mittels Political Correctness Denkverbote eingeführt würden, die

13 Schon bei Heinrich von Treitschke (1879: 8) kann man über die „weichliche Philanthropie“ lesen, gegen die sich die öffentliche Meinung erhoben hätte, die aber keine Stimme in der Presse findet, weil diese „zumeist durch jüdische Federn »gemacht“ (ebd.: 13) würde.

alle Politik rechts von der Mitte mit dem „Bannstrahl des Faschismus-Vorwurfs“ (FAZ, 2.8.1995) überzögen. Zwei Jahre vorher war den Kritiker_innen Steffen Heitmanns, der aufgrund von Äußerungen zu seiner Ansicht nach tabuisierten Themen („Ausländer“, „Frauen“, „Nazi-Vergangenheit“) seine Kandidatur als Bundespräsident nicht mehr aufrechterhalten konnte, vorgeworfen worden, „ihn ohne Grund abzuqualifizieren“, da „derjenige, der konservative Positionen bezieht, zum Abschied freigegeben sei“ (Mittmann 2008: 80). Das Phänomen Political Correctness wurde in dieser Zeit von den Konservativen selbst als „Popanz“ geschaffen, um aus einer Opferrolle heraus darauf einzuschlagen (vgl. Lorenz 2007: 224). In den 1990er Jahren wurde diese noch in der CDU und FDP beheimatete konservative Politik in gewissem Sinne von außen durch explizit neurechte Positionen begleitet.¹⁴ Darin waren zwei Motive zentral: Zum einen, dass der gesunde Antitotalitarismus der Nachkriegsjahre von einem moralischen Antifaschismus abgelöst worden sei, der selbst als totalitärer Gesinnungsterror bezeichnet wird. Zum anderen seien die Nazis eigentlich Linke gewesen. Mit diesem Kurzschluss wird der Zusammenhang von konservativem Patriotismus und Nationalsozialismus ausgeblendet und verneint. Vor dem Hintergrund der Debatten um nationale Identität wird behauptet, dass eine Allianz aus Mainstream bis Antifa den als natürlich begriffenen Patriotismus bedrohe.¹⁵ Darauf folgte eine Selbstinszenierung als Rebellen, die sich gegen einen angeblich vorherrschenden linksliberalen Konformismus stellen.

In den folgenden Jahren konnte verfolgt werden, wie sich diese Motive weiter vermischten und insbesondere durch Intellektuelle immer wieder reformuliert wurden – sei es durch Arnulf Baring, der 2002 in der FAZ die „Bürger, auf die Barrikaden!“ (FAZ 19.11.2002) gegen die „DDR-Light“ rief oder durch Peter Sloterdijk, der von einem „Semisozialismus“ (2009) sprach. Zentrale Wirkung entfaltete schließlich Thilo Sarrazin mit seinen Büchern *Deutschland schafft sich ab* oder *Der neue Tugendterror*, mit denen auch die Krise des Konservatismus offensichtlich wurde (vgl. Friedrich 2015: 11ff). Schließlich führte dies alles zur erstmalig erfolgreichen Gründung einer Partei rechts von der CDU, der AfD, die alle Motive bündelt und die verschiedenen rechten Spektren zusammenführt. In ihrer Haltung zu Pegida oder den anderen neurechten politischen Kräften ähnelt sie dabei der Konservativen Partei der 1880er/1890er Jahre, die eine spezifische Arbeitsteilung mit den damaligen völkischen Antisemiten praktizierte (vgl. Massing 1986: 74). Ebenfalls auffällig ist die Koinzidenz, dass der Kampf

14 Diese sind dargelegt in Schwilk/Schacht 1994.

15 Genau dies behauptete auch Tatjana Festerling bei einer Rede am 06.04.2015: „Und eine widersprüchliche Allianz von CDU bis Antifa hat beschlossen, uns Deutsche in eine multinationale, multikulturelle Bevölkerung umzuwandeln.“

gegen die Sozialdemokratie im Kaiserreich zuerst die Liberalen selbst traf (ebd.: 37), so wie derzeit sowohl die FDP große Teile ihrer Bedeutung eingebüßt, wie sich auch in der AfD der nationalkonservative Flügel durchgesetzt hat.

Fazit

Insgesamt haben sich nationalkonservative Positionen aus der vorher festen Ordnung mit CDU und FDP gelöst, was sich inhaltlich um völkische Motive gruppiert und eine Neuformierung organisiert, wobei die AfD und Pegida zwei Momente darstellen. Die „Lust an der Apokalypse“ (Weiß 2011), an Zersetzungsphantasmen und Überfremdungsvorstellungen eint dabei über vorherige Grenzen hinweg rechtsradikale, konservative und nationalbolschewistische Überzeugungen. Insbesondere die intellektuelle Produktion von Baring bis Sarrazin hat große Bedeutung in diesem Prozess. Es ist eine spezifische Krisenreaktion, die gegen die Modernisierungsschübe vor allem ein authentisches Volk setzen will, in dem jede_r seinen/ihren Platz hat und diesen nicht verlässt. Diejenigen, die dem nicht entsprechen, werden zu Feinden der natürlichen Ordnung und zu einer von der eigenen nationalen Kultur entfremdeten Masse (vgl. ebd.). In der Konsequenz bedeutet dies den Wunsch nach „Reinigung“ der Gesellschaft von denen, die als gemeinschaftszersetzend gebrandmarkt werden.

Krisenreaktion heißt dabei nicht, dass es um Krisen-Verlierer_innen geht, die aufgrund ihrer sozialen Depravation zum Völkischen übergehen, sondern dass es sich um eine Konstellation handelt, in der multiple Faktoren zusammenwirken. Es ist Resultat langer politischer Strategien, grundiert von der neoliberalen Rekonfiguration von Freiheit und Herrschaft, die begleitet wird von einer „Ungewissheitsmetaphysik“, wodurch die neuen Freiheiten insbesondere in den sogenannten Mittelschichten als Bedrohung wahrgenommen werden, sowie um die damit verknüpfte Konfrontation von komplexen Krisenprozessen mit einem verdinglichten Bewusstsein, das selbst anderes nur als Ding wahrnehmen kann (vgl. Adorno 1960: 177ff.).

Eingebettet ist diese Konstellation von Krisenprozessen und neoliberaler Rekonfiguration des Subjekts zudem in Debatten um nationale Identität, was vor allem am Motiv zu sehen ist, es müsse „für uns wieder normal sein, öffentlich die Liebe zu seinem Vaterland zum Ausdruck zu bringen! Gegen Antipatriotismus!“ (LB, 17.11.2014). Das Phantasma, Nationalstolz sei unnormal, verweist darauf, dass die derzeitige Konstellation eine Regression der Gesellschaft in Natur bedeutet, die im Bewusstsein passiert – die aber mit rebellischem Gestus auch in der Wirklichkeit vollzogen werden will. Daher vergrößert die Normalisierung völkischer – rassistischer und antisemitischer – Vorstellungen und Ressentiments

immer die Möglichkeit, dass auf dieser Basis autoritär-gewaltförmige Lösungen für (vermeintliche) gesellschaftliche Probleme in praktische Politik umgesetzt werden. Die Aufgabe einer an Emanzipation interessierten Wissenschaft ist es daher, bei solchen Bewegungen genau hinzuhören, was dort inhaltlich vertreten wird, um eine Kritik formulieren zu können, die autoritär-gewaltförmige Krisenbearbeitungen entgegenarbeitet.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1960: Soziologie und Philosophie, Frankfurt/Main 2011.
- Becher, Philipp/Begass, Christian/Kraft, Josef (2015): Der Aufstand des Abendlandes. AfD, PEGIDA & Co.: Vom Salon auf die Straße, Köln.
- Billmann, Lucie (Hg.) (2015): Unheilige Allianzen. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, URL: rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien8_Unheilige_Allianz.pdf, Zugriff: 3.6.2015.
- Breuer, Stefan (2008): Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt.
- Butterwege, Christoph (2011): Was ist „Rechtspopulismus“?. In: Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ (Hg.): Rechtspopulismus in Berlin, Berlin: 8-10.
- Claussen, Detlev (2005): Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, erweiterte Neuausgabe, Frankfurt/M.
- Daphi, Priska/Rucht, Dieter/Stuppert, Wolfgang/Teune, Simone/Ullrich, Peter (2014): Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“. Forschungsbericht. URL: <http://protestinstitut.eu>, Zugriff: 3.6.2015.
- Demirović, Alex (2010): Krise des Subjekts – Perspektiven der Handlungsfähigkeit. Fragen an die kritische Theorie des Subjekts. In: Ders./Kaindl, Christina/Krovoza, Alfred (Hg.): Das Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation, Münster: 147-173.
- Freyer, Hans (1931): Revolution von Rechts, Jena.
- Friedrich, Sebastian (2015): Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland, Berlin.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld.
- Jennerjahn, Miro (2014): PEGIDA und die Extremismustheorie. URL: publikative.org/2014/12/17/pegida-und-die-extremismustheorie, Zugriff: 3.6.2015.
- (2015): Systematische PEGIDA-Verharmlosung – Die Methode Patzelt. URL: publikative.org/2015/06/01/die-methode-patzelt-anmerkungen-zu-patzelts-auseinandersetzung-mit-pegida/, Zugriff: 3.6.2015.
- Kellershohn, Helmut/Haarfeldt, Mark/Lausberg, Michael/Dietzsch, Martin/Suermann, Lenard (2014): Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus. In: DISS-Journal 28: 25-27.
- Korsch, Felix/Wölk, Volkmar (2014): Nationalkonservativ und Marktradikal. Eine politische Einordnung der „Alternative für Deutschland“. URL: rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_National-konservativ.pdf, Zugriff: 3.6.2015.
- Lorenz, Matthias N. (2007): 'Political Correctness' als Phantasma. Zu Bernhard Schlinks „Die Beschneidung“. In: Bogdal, Klaus-Michael/Holz, Klaus/Lorenz, Matthias N. (Hg.): Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz, Stuttgart-Weimar: 219-242.
- Lucke, Albrecht von (2009): Leerstelle Konservatismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 54(2): 5-8.

- (2015): Terror und Pegida: Gebt uns ein Feindbild! In: Blätter für deutsche und internationale Politik 60(2): 5-8.
- Massing, Paul (1986): Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M.
- Mittmann, Thomas (2008): Vom „Historikerstreit“ zum „Fall Hohmann“. Kontroverse Diskussionen um Political Correctness seit Ende der 1980er Jahre. In: Hölscher, Lucian (Hg.): Political Correctness. Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen, Göttingen: 60-105.
- Moeller van den Bruck, Arthur (1931): Das dritte Reich, Hamburg.
- Nachtwey, Oliver (2015): Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 60(3): 81-89.
- Patzelt, Werner (2015): Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida? URL: docdroid.net/1123f/patzelt-pegida-studie-mai-2015-forschungsbericht.pdf.html, Zugriff: 3.6.2015.
- Pitwald, Michael (2000): Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium, Köln.
- Rucht, Dieter et.al. (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. URL: wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf, Zugriff: 2.6.2015.
- Sanders, Eike/Jentsch, Ulli/Hansen, Felix (2014): „Deutschland treibt sich ab“. Organisierter „Lebensschutz“. Christlicher Fundamentalismus. Antifeminismus, Münster.
- Schäfer, Paul (2015): Ressentiment vs. Aufklärung: Die „neue Friedensbewegung“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 60(2): 9-12.
- Schroeder, Klaus (2015): „Die Gesellschaft ist nach links gerückt“, Interview (23.2.2015). URL: zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/demokratie-linksextremismus-studie-klaus-schroeder-fu-berlin-interview, Zugriff: 3.6.2015.
- Schwilk, Heimo/Schacht, Ulrich (Hg.) (1994): Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Frankfurt/M-Berlin.
- Sloterdijk, Peter (2009): Aufbruch der Leistungsträger. In: Cicero Nr. 11: 94-107.
- Speit, Andreas (2012): Glockengeläut in der Elbmetropole. Dresdner Normalitäten zwischen Erinnerung und der „guten Mitte“. In: ak – analyse und kritik, Dresden Speciale, 4-7. URL: akweb.de/ak_s/ak568/Dresden_Speciale_2012.pdf, Zugriff: 3.6.2015.
- Steinert, Heinz (1999): Kulturindustrielle Politik mit dem Großen & Ganzen: Populismus, Politik-Darsteller, ihr Publikum und seine Mobilisierung. In: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr.4: 402-413.
- Stender, Wolfram (2011): Ideologische Syndrome. Zur Aktualität des sekundären Antisemitismus in Deutschland. In: Brunner, Markus/Lohl, Jan/Pohl, Ralf/Winter, Sebastian (Hg.): Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus. Beiträge der psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen, Gießen: 227-249.
- Stützel, Ingo (2014): Das System ist wie die Kirche“. Die US-Zentralbank Fed ist aus der Krise geboren und bis heute ein Symbol des US-Pragmatismus. In: ak – analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 590 vom 21.1.2014.
- Thießen, Malte (2015): „Der Mythos entstand noch in den rauchenden Trümmern“, Interview. URL: sueddeutsche.de/politik/jahre-bombardierung-von-dresden-der-mythos-entstand-noch-in-den-rauchenden-truemern-1.2347466, Zugriff: 3.6.2015.
- Treitschke, Heinrich von (1879): Unsere Aussichten. In: Krieger, Karsten (Hg.) (2003): Der Berliner Antisemitismusstreit 1879-1881. Kommentierte Quellenedition, München: 6-16.
- Vorländer, Hans (2015): Wer geht warum zu Pegida-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter Pegida-Teilnehmern. URL: <https://tu-dresden.de/aktuelles/news/Downloads/praespeg>, Zugriff: 3.6.2015.
- Weiß, Volker (2011): Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – von Spengler bis Sarrazin, Paderborn.